

Gedanken zum schweizerischen Nein

Vorrede zur Ustertags-Feier vom 22. November 1998 in der Kirche Uster

Von Christoph Mörgeli

Wir haben uns heute in der Kirche von Uster eingefunden, um der Volksversammlung vom 22. November 1830 zu gedenken. Damals sind 10 000 Männer aus allen Teilen des Kantons Zürich auf der Zimikerwiese unter freiem Himmel zusammengeströmt. Diese Zusammenkunft bedeutete für unseren Kanton den Durchbruch von Freiheit und Gleichheit und den Beginn eines imponierenden Reformwerkes auf praktisch allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Der Beschluss, diese Volksversammlung in der geografischen Mitte des Kantons durchzuführen, wurde indessen nicht in Uster, sondern in Stäfa gefasst. Und so ist mir als Stäfner die Ehre zugefallen, am diesjährigen Ustertag die traditionelle Vorrede zu halten. Ich mache mir Gedanken zum schweizerischen Nein.

Eine konservative Revolution

Laut ihrer Bittschrift wollten die Männer von Uster die «verlorenen Volksrechte wieder ins Leben rufen». Sie bezogen sich auf die Helvetik, aber auch auf ältere urkundlich überlieferte Rechte. Während die französischen Revolutionäre die Dokumente der Herrschenden in den Schlössern und Archiven verbrannten, gruben die unzufriedenen Zürcher Landleute die alten Pergamente sorgfältig hervor und verehrten sie wie wundertätige Reliquien. Die Stäfner Unruhen von 1794/95 und der Ustertag von 1830 waren alles andere als geschichtsfeindlich, sondern im Grunde konservative Revolutionen. Die Landleute beurteilten jene Jahrhunderte, in denen sich die schweizerischen Städte gegenüber der Landschaft als Obrigkeit aufgespielt hatten, als Farce, als übles Zwischenspiel, für das die Nation 1798 mit dem Zusammenbruch des Staatenbundes bezahlen musste. Die aristokratische Herrschaft weniger über viele, die Vorrechte der Geburt, die Bevormundung der Zürcher Landschaft durch die Stadt oder die Unterdrückung der Unterwalliser durch die Oberwalliser: dies alles empfand man als Import aus dem umliegenden absolutistischen Ausland, als nicht vereinbar mit dem alteidgenössischen Gedanken von 1291. Wirkte nicht der im Schloss Greifensee residierende Stadtzürcher Landvogt für die Ustermer wie ein Hohn, wenn sie bedachten, wie die alten Schweizer einstmals die Burgen ihrer Landvögte gebrochen hatten? Führt nicht eine disziplinierende und strafende Obrigkeit, die auch das Privateste kontrollierte, die Freiheit der Vorväter täglich ad absurdum?

Absage, Misstrauen und Verneinung

Dabei hatte sich der alte Bundesbrief gegen alles gewandt, was die kleine Gemeinschaft von aussen und von oben bedrohte. Die Gründungsurkunde unseres Landes – darauf hat der liberale Staatsdenker Karl Schmid mit Nachdruck hingewiesen – bestand hauptsächlich in Absage, Misstrauen und Verneinung: «Der Beginn der Eidgenossenschaft ist ein Nein gegenüber dem von oben und aussen her sich meldenden organisatorischen -Einfluss. (...) In jener Nacht 1291 auf der kleinen Rodung unter den mächtigen Bergwänden heisst es nur «Nein». (...) Dass es ein Ja war zum natürlich Gewordenen, natürlich Gebildeten, zum organisch Zustande gekommenen, spüren wir zwar, aber es brauchte, ja es konnte gar nicht ausgesprochen werden.» Auch die Forderungen der Männer von Uster enthielten ein vielfaches Nein. Sie sagten Nein zur Vorherrschaft der Städter im Grossen Rat, Nein zu Untertanenverhältnissen, Nein zur Vermischung der Staatsgewalten, Nein zur Heimlichtuerei in Staatsgeschäften, Nein zum Zunftzwang, zu zahlreichen Steuern, Abgaben und Gebühren, Nein zum damals geltenden Forst- und Zuchtstiergesetz.

Mein Grossvater, ein Tösstaler Kleinbauer, der mehr Kinder als Kühe hatte, war als Staatsbürger grundsätzlich gegen alles und jedes; auf seinem Stimmzettel stand praktisch immer Nein. Er war erfüllt von tiefstem Misstrauen gegen die Organisation als Prinzip, aber auch gegen die Organisation als Macht, besonders dort, wo diese Macht sich zentralistisch zusammenballte und sich Rechte anmasste, die sich von oben nach unten auswirken sollten.

Karl Schmid, der gelehrte Hochschulprofessor, warnt uns davor, die Engstirnigkeit prinzipieller Neinstimmer zu verlachen, denn – so schreibt er –, wir sollten vorerst einen Augenblick bedenken, «ob diese nicht vielleicht jenen Neinsagern von 1291 tiefinnerlich näher verwandt sind als mancher unbeschwerte Progressist, der sich um so sozialer und fortschrittlicher vorkommt, je zahlreicher die von ihm ausgebreiteten Teppiche sind, auf denen der Staat selbst in die kleinen Kreise seinen Einzug halten soll».

Das Nein von 1848

Auch die Idee des Bundesstaates von 1848 bedeutete im damaligen europäischen Umfeld eine klare Absage. Es war ein Nein zu den ständigen demütigenden Einmischungen fremder Mächte in innere schweizerische Angelegenheiten, ein Nein zur restaurativen, repressiven Staatenallianz des Wiener Kongresses, ein Nein zum sonst überall herrschenden monarchischen System, ein Nein zum in alle Bereiche eingreifenden Obrigkeitsstaat. Selbstverständlich bedeutete dies alles zugleich ein Ja zur Freiheit des Individuums, ein Ja zur persönlichen und wirtschaftlichen Entfaltung, ein Ja zum Gedanken der schweizerischen Nation. 1848 entstand hierzulande der europäische Sonderfall einer freiheitlichen Republik, die den organisch gewachsenen föderalistischen Strukturen grosse Zugeständnisse machte. Die übrigen europäischen Mächte vermochten ähnliche freiheitliche Regungen mit eiserner Faust zu unterdrücken und betrachteten den Weg der Schweiz mit argwöhnischem Missmut. Zwar fielen 1848 die Zollgrenzen zwischen den Kantonen, dafür wurden die Grenzen des Bundes umso strenger gezogen. Diese Grenze erschien den Bundesgründern nicht als einengend oder lästig, sondern als nützlich, denn der junge Bundesstaat lebte fast ausschliesslich von den Zolleinnahmen. Die gesetzte Grenze beschränkte aber auch den Auftrag des Volkes und seiner Entscheidungsträger. Für diesen Bund wollten die Schweizer Verantwortung tragen und nicht nach Art der Moralisten für das Heil der ganzen Welt.

Widerstehen als Prinzip

Die Bundesverfassung von 1848 verbot den Kantonen jedes Militärbündnis; wenig später wurden auch jegliche fremden Kriegsdienste untersagt. Die Bundesgründer waren alles andere als kriegerisch, aber sie waren einsatzbereit. Als das mächtige Preussen 1857 anmassende Ansprüche auf Neuenburg stellte, lautete ihre Antwort nein. Dieses Nein einigte die vor kurzem noch zerstrittene Nation augenblicklich und schuf eine beeindruckende Stimmung der Solidarität und Wehrbereitschaft. Der Bundesrat stellte sich damals im Augenblick der äusseren Gefahr so selbstverständlich und bestimmt vor sein Volk, wie sich Eltern vor ihre Kinder, Chefs vor ihre Mitarbeiter, Offiziere vor ihre Soldaten stellen. Dabei war sich die Nation wohlbewusst, dass sich unser Wehrwesen von dem anderer Staaten grundlegend unterscheidet. Auch dies hängt zutiefst mit dem schweizerischen Nein zusammen. In grossen, obrigkeitsgeprägten Staaten verkörpert das Militär die Macht; der Krieg ist die letzte Möglichkeit der Politik – wenn es anderswie nicht geht, holen sie sich ihr Recht mit Gewalt. Der Impuls aber, der in unserem Land seit Jahrhunderten das Wehrwesen belebt, ist nicht der Wille zur Macht, sondern der Wille, der Macht zu widerstehen. Unsere Wehrhaftigkeit wird bis heute verstanden allein aus dem Gedanken des Widerstandswillens – «aber nicht eine Handbreit darüber hinaus» (Karl Schmid). An diese ernste Tatsache sollten sich jene Entscheidungsträger erinnern, die sich jetzt damit beschäftigen, neue Visionen militärischer Einsätze zu entwerfen.

Rettende Eigenbrötlerei

Es gab immer wieder Zeiten, in denen sich die politische und wirtschaftliche Führung dieses Landes am Beharren und Zögern des Volkes rieb. Im Zweiten Weltkrieg etwa äusserte sich in Selbstverständnis und Tonfall der Eliten gelegentlich ein eigenartiger «helvetischer Totalitarismus». Offensichtlich war die politische Kultur des faschistischen Gegners nicht ohne Auswirkungen geblieben. Bundespräsident Pilet-Golaz beschwor in seiner berühmten Radiorede von 1940 die Schweizer wortreich und ungeduldig zur «inneren Wiedergeburt». In undemokratischer Überheblichkeit forderte er das Schweizervolk auf, «der Regierung zu folgen als einem sicheren und hingebenden Führer, der seine Entscheidungen nicht immer wird erklären, erläutern und begründen können». Diese gefährliche Demokratieauffassung,

diese verhängnisvollen Ideen über Neuordnung und Anpassung an die damals siegreichen Diktaturen in den Nachbarländern fanden glücklicherweise praktisch keine Resonanz. Sie scheiterten am Nein des Schweizervolkes und fanden ihre Grenzen – wie der linke Historiker Hans Ulrich Jost zutreffend urteilt – am «traditionellen Partikularismus, an der chronischen Eigenbrötlerlei des Schweizlers und an der heterogenen politischen Kultur».

Nein zur Geschichtsverfälschung

Die Bundesgründer kannten die Bedeutung der Geschichte für unser Land. Es war ihnen wohlbewusst, dass die Tradition gerade für den Bund der Schweizer in ganz ungewöhnlichem Mass zum geistigen Haushalt gehört. Denn unsere Nation eint weder eine gemeinsame Sprache noch ein gemeinsames religiöses Bekenntnis, weder eine gemeinsame Geografie noch ein gemeinsamer Stammbaum. Das einzige einigende Element, das die Schweiz als Nation zusammenhält, ist die gemeinsam durchlebte Geschichte. Darum lösen Geschichtsverfälschungen hierzulande derart grosse Emotionen aus, darum treffen sie unsere Nation ins Mark. Der einstige Bundesrat Markus Feldmann – ein unerschrockener Kämpfer gegen den braunen und roten Totalitarismus dieses Jahrhunderts – hatte vornehmlich die Schweiz im Auge, als er sagte: «Wer ein Volk unterjochen, sein Selbstgefühl als Nation vernichten will, der nimmt ihm seine Geschichte und verfälscht sie, der raubt ihm gleichsam sein Gedächtnis, um es einem fremden Willen gefügig zu machen.» Die Geschichtsforschung und Geschichtspflege schliesst ein kritisches Urteil keineswegs aus; unsere Bürgerinnen und Bürger werden sich aber letztlich einer vom Staat betriebenen und abgesegneten Geschichtsschreibung widersetzen und erst recht der Manipulation des Vergangenen. Die Schweizer Geschichte ist keineswegs frei von Fehlern, Schwächen und Irrtümern. Wer aber heute auf der Strasse unserer Geschichte gleichsam mit der Lupe auf allen Vieren herumkriecht, um auch die kleinsten Sprünge und Risse aufzuspüren, wird niemals souverän über das ganze Strassennetz urteilen können.

Besinnung auf das Anderssein

Das heute vielbeklagte Malaise unseres Kleinstaates rührt wohl in erster Linie daher, dass wir uns in zwanghafter Weise mit den grossen Nationen und ihren noch grösseren Zusammenschlüssen messen. Unentwegt werden wir aufgefordert zum Ja für einen gleichgeschalteten Wettlauf mit den grossen Mächten. Ein solcher Wettlauf aber muss immer zu unseren Ungunsten ausgehen. Viel Ungeduld auf der einen, viel Widerborstigkeit auf der andern Seite bliebe uns erspart, wenn sich unsere Nation endlich als anders empfinden würde da, wo sie wirklich anders ist. Die Schweiz ist einzigartig, was die direkte Demokratie, den föderalistischen Staatsaufbau, die Gemeindeautonomie und die dauernd bewaffnete Neutralität betrifft. Wer das Gegenteil behauptet, will diese Staatsmaximen nicht mehr, sondern wünscht im grossen Ganzen aufzugehen und sucht gleichsam die Erlösung in der Integration. Zahlreiche führende Persönlichkeiten in Politik, Kultur und Gesellschaft leiden an der Schicksalslosigkeit unseres kleinen Landes. Sie sehnen sich nach einer «Sendung», einer Vision, einer angeblich befreienden Tat. Umgekehrt bleiben viele Neinsager von solcher Begeisterung unberührt, denn die Argumente der Jasager sind ihnen zu dürftig. Sie sehen nicht ein, weshalb der schweizerische Egoismus verurteilt wird, als ob der europäische Egoismus höherwertig wäre. Sie können nicht begreifen, dass die Integration als mutige Tat der Schweiz gepriesen wird, als ob es den geringsten Mut erforderte, um als zwanzigster oder dreissigster Staat auch noch der Europäischen Union beizutreten. Die Skeptiker glauben nicht der Behauptung, nur übernationale Gebilde könnten den Frieden zwischen den europäischen Nationen sichern. Denn sie wissen, dass in Wirklichkeit die Kriege der Gegenwart nicht zwischen Staaten entstehen, sondern zwischen Bevölkerungsgruppen mit verschiedenen Ideologien, Ethnien oder Interessen. Ob die Grenzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen mit Staatsgrenzen parallel laufen, ist dafür völlig unerheblich. Und schliesslich empfinden die Zweifler das Argument der «Modellhaftigkeit» der Schweiz für Europa wegen des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Sprachgruppen als leicht peinlich und etwas pharisäerhaft. Denn es kann einer Nation wohl nichts Verderblicheres geschehen, als wenn sie ihr Selbstbewusstsein in einer angeblichen Modell- und Beispielhaftigkeit sucht. Unsere staatlichen Einrichtungen sind

keine Exportprodukte oder gar Exportschlager. Sie taugen möglicherweise für andere so wenig wie die Einrichtungen der anderen für uns taugen.

Dynamik des Wachsenden

Die Neinsager, die auf das organisch Gewachsene, auf das historisch Gewordene bauen, sind unangenehm und lästig für jene, die planen, organisieren und fördern wollen. Es ist aber davor zu warnen, die gegenüber grossen Würfeln misstrauischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auszugrenzen und zu verhöhnen. Denn es gilt zu bedenken, dass letztlich das organisch Wachsende möglicherweise dynamischer ist als das statisch Konstruierte.

Unsere Vorfahren sagten Nein zur Ansicht, dass die Besorgung des Staates, das «Politische», die Sache bestimmter Schichten sei. Die Forderungen des Ustertags waren anspruchsvoll; das Volk strebte nicht nach Befreiung von Sorgen und Verantwortung. Denn dies ist doch die tiefere Botschaft des Ustertags: Wenn an Stelle von Vögten, Obrigkeit und Stadtaristokratie Funktionäre der Politik, Diplomatie oder der Beamtenschaft treten, statt dass die Sorge um den Staat dem einzelnen Bürger obliegt, dann haben wir in den vergangenen 168 Jahren nichts Wesentliches gewonnen.

Literatur:

Bonjour, Edgar: Markus Feldmann, in: Die Schweiz und Europa. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 5, Basel 1957.

Jost, Hans Ulrich: Bedrohung und Enge (1914–1945), in: Geschichte der Schweiz – und der Schweizer, Bd. 3, Basel/Frankfurt am Main 1983.

Mörgeli, Christoph: «Beiträge zur Revolutionsgeschichte des Kantons Zürich.» Ein unbekanntes Manuskript des Oberamtmanns Johann Caspar Ott zum Ustertag von 1830, Stäfa 1991.

Schmid, Bruno: Der Ustertag im Spiegel seiner Zeit, Uster 1980.

Schmid, Karl: Gesammelte Werke, 6 Bände, hrsg. von Thomas Sprecher und Judith Niederberger, Zürich 1998.

Seiler, Hansjörg: Kleinstaaten und Europa, in: Allgemeine Schweizerische Militär-Zeitschrift Nr. 7/8 (1998), S. 13-14.